

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998
– Drucksachen 13/8200 Anlage, 13/8883, 13/9009, 13/9025, 13/9026, 13/9027 –

hier: Einzelplan 09
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird in Titelgruppe 12 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – der Titel 882 82 – Zuweisungen an Bayern, Bremen, Hessen, Saarland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen für betriebliche Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen – um 145 Mio. DM erhöht.

Bonn, den 24. November 1997

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

Zur Bewältigung von tiefgreifenden Strukturveränderungen infolge des Strukturwandels in Schiffbau, der Montanwirtschaft, der Textilindustrie, der Bauwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen ist es dringend erforderlich, die Gemeinschaftsaufgabe mit unveränderten Baransätzen auszustatten, um in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen Neuinvestitionen im Bereich der Industrie und der Infrastruktur fördern zu können. Die vorgesehene Kürzung der Barmittel führt zum Ausschluß neuer Investitionsvorhaben von der Förderung, weil die reduzierten Barmittel allenfalls zur Bedienung von schon in den Vorjahren erteilten Zuwendungsbescheiden ausreichen. Die vorgesehene Mittelkürzung würde daher letztendlich die Abwicklung der bewährten Gemeinschaftsaufgabe bedeuten, was angesichts des anhaltenden und teilweise verschärften Strukturwandels in den betroffenen Regionen der grundsätzlich verkehrte Weg ist.

